

Politische Bildung: Schule ist gefordert

Gastkommentar

von MARIO ANDREOTTI

Es vergeht kaum ein Monat, wo nicht ein Beitrag erscheint, in dem das mangelnde staatskundliche Wissen unserer jungen Generation beklagt wird. Und in der Tat: Das Wissen um den Aufbau und die Funktionsweise unseres Staates und über die politischen Rechte und Pflichten seiner Bürgerinnen und Bürger ist bei vielen Jugendlichen, wenn überhaupt, nur rudimentär vorhanden. So wissen viele nicht, wie beispielsweise die Gewaltenteilung auf den drei Ebenen des Staates funktioniert oder wie im Parlament ein neues Gesetz entsteht. Dabei hatte der Nationalrat ursprünglich noch vor, Jugendliche schon ab 16 Jahren abstimmen und wählen zu lassen. Inzwischen ist er zurückgekrebst, hat er das Stimmrechtsalter 16 – wie zuvor die vorberatende Kommission – abgelehnt. Neben rechtlichen Gründen dürfte auch die mangelnde politische Reife vieler Jugendlicher für diesen Entscheid eine Rolle gespielt haben.

Am Defizit der Jugend an politischer Bildung ist unser Schulsystem nicht unschuldig, kommt doch die Staatskunde an unseren Schulen zu kurz. Zwar ist die Notwendigkeit politischer Bildung in einer halbdirekten Demokratie wie der Schweiz in der Öffentlichkeit weitgehend unbestritten, doch wenn es um die schulische Umsetzung geht, fehlt der erforderliche Wille. Der Lehrplan 21 sieht politische Bildung zwar vor, doch explizit im Stundenplan der Sekundarschulen ist das Fach nur in den Kantonen Aargau und Basel-Stadt. In den übrigen Kantonen stellt sich allenfalls die Frage, wie sich das Thema «politische Bildung» in die anderen Fächer und in die Stundentafeln einbauen lässt.

An gutgemeinten Vorschlägen fehlt es dabei nicht: Einige wollen politische Bildung in die Deutschlektionen integrieren, andere in das Sammelfach «Räume, Zeiten, Gesellschaften» und wieder andere in die Sozialkunde. Das aber ist nicht unproblematisch: Integriert man die politische Bildung in ein anderes Fach, so besteht die Gefahr, dass sie verwässert wird. Gerade mit Blick auf das etwas schwammige Sammelfach «Räume, Zeiten, Gesellschaften», das alles Mögliche an Realien umfasst, ist diese Gefahr besonders gegeben. Jeder Lehrperson ist es dann je nach Vorlieben überlassen, ob sie die eine Jahreswochenlektion für die politische Bildung oder für etwas anderes nutzen will.

Politische Bildung muss auf der Sekundarstufe I als eigenständiges Fach mit einem klaren Bildungsauftrag und ebenso klaren Lernzielen und nicht bloss als Thema innerhalb eines anderen Faches geführt werden. Nur so sind die Lehrpersonen wirklich gehalten, sich mit ihren Klassen den politischen Institutionen unseres Landes, aber auch dem gesellschaftlichen Umgang etwa mit Diskriminierung und Rassismus eingehend zu widmen. Das alles bedingt freilich, dass der Unterricht in politischer Bildung von dafür ausgebildeten Lehrpersonen erteilt wird und nicht von Lehrern, die das Fach nicht studiert haben oder die es noch so ganz nebenbei abdecken.

Das Gymnasium, die Sekundarstufe II, eignet sich zur Vermittlung politischer Bildung besonders. Zum einen sind es hier Jugendliche, die unmittelbar vor der Erreichung des Stimm- und Wahlrechts stehen. Und zum andern haben diese Jugendlichen ein Alter erreicht, in dem sie komplexere politische Sachverhalte und Fragestellungen erfassen können. Politische Bildung deutlich zu stärken, war denn ursprünglich auch ein Hauptanliegen der Maturareform. Nun wird sie im Maturitätsanerkennungsreglement (MAR) nicht einmal namentlich erwähnt. Erst der neue Rahmenlehrplan, der auf die politische Bildung kurz eingeht, macht sie zu einem verbindlichen Bildungsinhalt. Welcher andere demokratische Staat leistet sich in Sachen politischer Bildung so viel Unschärfe?

Keine Frage: Durch politische Bildung lernen Jugendliche, sich mit den politischen Mechanismen und Institutionen auseinanderzusetzen und sich die Mittel in die Hand zu geben, deren Entwicklung mitzugestalten. Das bedeutet nichts Geringeres, als dass politische Bildung zu einem Schlüsselfach an unseren Schulen werden muss.